

Inhalt

Themenheft: Der *oikos* des *demos*: Auf dem Weg zu einer demokratischen Ökonomie

Martin Oppelt / Paul Sörensen

Der *oikos* des *demos*: Auf dem Weg zu einer demokratischen Ökonomie.

Editorial der Gastherausgeber 171

Dirk Jörke / David Salomon

Erziehung zum Bourgeois. Zur Funktion der Genossenschaftsidee

bei John Stuart Mill 181

Falko Blumenthal

Selbstverwirklichung der Arbeitnehmer durch Demokratisierung der Wirtschaft.

Otto Brenner als gewerkschaftlicher Ideenpolitiker 201

Hannes Kuch

Wirtschaftsdemokratie als Einübungspraxis 225

Katharina Liesenberg

Die Radikalität alltäglicher Erfahrung. Zu John Deweys gesellschaftstheoretischen

Voraussetzungen von Demokratie 249

Heiner Koch

Vergesellschaftung als Entprivatisierung 271

Samia Zahra Mohammed

Planung als antwortende Politik? Eine radikaldemokratiethoretische Lesart der

sozialistischen Planwirtschaftsdebatte 297

Sara Gebh

Die Rückkehr der Armen? Plebejanismus und die politische Ökonomie der

Radikaldemokratie 319

Erziehung zum Bourgeois

Zur Funktion der Genossenschaftsidee bei John Stuart Mill

*Dirk Jörke / David Salomon**

Schlüsselwörter: John Stuart Mill, Sozialismus, Sozialismuskritik, Genossenschaften, Zivilisationstheorie, Meritokratie

Zusammenfassung: Im Zusammenhang mit Wirtschaftsdemokratie wird oft auf John Stuart Mill verwiesen. Der bekannte Vertreter des Utilitarismus gilt einigen Interpreten gar als ‚liberaler Sozialist‘, der sich den Herausforderungen der sozialen Frage konsequenter als andere Vertreter der ökonomischen Klassik gestellt habe. Ein wichtiger Bezugspunkt dieser Lesart sind vor allem Mills Überlegungen zum Genossenschaftswesen, in denen er eine Möglichkeit sieht, die Klassenspaltung der Gesellschaft zu überwinden. Im vorliegenden Beitrag rekonstruieren wir Mills Konzept von Genossenschaften und zeigen, dass Mill keineswegs die Absicht hat, die kapitalistische Produktionsweise zu überwinden oder auch nur einzuhegen. Mill sieht in Genossenschaften vielmehr ein Mittel der Erziehung der arbeitenden Klassen zum unternehmerischen Denken und Handeln, das ihm zugleich als Vorbedingung politischer Partizipation in der Demokratie erscheint. Mills zivilisationstheoretisch grundierte Pädagogik folgt einem meritokratischen Ideal und dem Ziel einer vollständigen Anpassung an die Bedingungen kapitalistischen Wettbewerbs.

Abstract: In connection with economic democracy, reference is often made to John Stuart Mill. The well-known representative of utilitarianism is even considered by some interpreters to be a ‘liberal socialist’ who faced up to the challenges of the social question more consistently than other representatives of the economic classics. An important point of reference for this interpretation is Mill’s ideas on cooperatives, which he saw as a way of overcoming the class division in society. In this article, we reconstruct Mill’s concept of cooperatives and show that he had no intention of overcoming or even containing the capitalist mode of production. Rather, Mill sees cooperatives as a means of educating the working classes to think and act entrepreneurially, which he also sees as a precondition for political participation in democracy. Mill’s pedagogy, based on civilization theory, follows a meritocratic ideal and pursues the goal of complete adaptation to the conditions of capitalist competition.

* Dirk Jörke, TU Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft
0000-0002-7927-3727, Kontakt: joerke@pg.tu-darmstadt.de
David Salomon, TU Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft
Kontakt: salomon@pg.tu-darmstadt.de

1. Einleitung

Betrachtet man politikwissenschaftliche Literatur zur Wirtschaftsdemokratie, scheint kaum ein Weg an John Stuart Mill vorbeizuführen.^{1,2} Bereits in den 1970er Jahren wird unter Berufung auf Mill gefordert, die Demokratisierung auf dem Gebiet der Wirtschaft nachzuholen (vgl. Pateman 1970: 33 ff.). Als wirtschaftsdemokratischer Vordenker wird Mill vor allem wegen seines Plädoyers für die Beteiligung der Arbeiter an den ökonomischen Prozessen herangezogen, die er in Form von Genossenschaften institutionalisieren möchte (vgl. Baum 1999; Ellerman 2009). Bis heute erscheint er vielen als zentraler Stichwortgeber für dieses Vorhaben (vgl. Frega et al. 2019; Persky 2016).

Mill wird dabei als Vertreter eines „liberal socialism“ (Baum 2007) oder „Marktsozialismus“ (Gray 1979; Riley 1996; Stafford 1998) interpretiert, der besonders in seinen späteren Schriften wie den *Chapters on Socialism* Reformen des Privateigentums, vor allem des Erbrechts, anstrebe und sich insgesamt aufgeschlossen gegenüber einer sozialistischen Transformation zeige. Helen McCabe geht sogar so weit, in Mill einen prophetischen Denker zu sehen, der nicht nur auf die sozialen Probleme seiner Zeit überzeugende Antworten geliefert habe, sondern darüber hinaus auch mit Blick auf die Herausforderungen der Gegenwart zu überzeugen wisse. Mill, so McCabe (2021: 18), liefere „a sophisticated vision of cooperation, egalitarianism, human flourishing and social harmony in a decentralized, diverse, free, friendly and ‚green‘ society characterized by mutual concern for one another’s wellbeing“.

Auch im deutschsprachigen Kontext ist seit gut zehn Jahren das Interesse an Mill wieder gestiegen.³ Dabei mehren sich die Stimmen, die ihn als Wegbereiter eines liberalen Sozialismus und einer Wirtschaftsdemokratie sehen. Laut Frauke Höntzsch (2018: 228) zielen insbesondere Mills Überlegungen zur Steuerreform darauf ab, „eine Synthese aus liberalen und sozialistischen Vorstellungen zur gerechten Eigentumsordnung herzustellen“. Hubertus Buchstein und Sandra Seubert (2016: 147) heben Mills Kritik einer naturrechtlichen Sakralisierung des Eigentumsrechtes wie auch seine „kompromisslos freiheitliche Grundorientierung“ hervor und betrachten Mill vor allem mit Blick auf seine Ausführungen zum Genossenschaftswesen als Verfechter eines „experimentellen Sozialismus“ (ebd.: 155). Axel Honneth (2023: 333 f.) schließlich erblickt in Mills Ausführungen zu Produktionsgenossenschaften einen „Königsweg“, um den „abhängig

- 1 Wir danken den anonymen Gutachter*innen für wertvolle Hinweise. Der Beitrag ist im Kontext des von der Gerda-Henkel-Stiftung geförderten Projektes „Der Blick nach unten. Soziale Kämpfe in der Ideengeschichte der Demokratie“ entstanden. Er hat sehr vom Austausch mit Annika D’Avis, Oliver Eberl und Jan Meyer profitiert.
- 2 Dies gilt zumindest für solche Beiträge, die nicht in der durch Naphtali begründeten marxistischen Theorie-tradition der Wirtschaftsdemokratie stehen.
- 3 Zu verweisen ist hier auch auf die sechsbändige Edition von Mills zentralen Schriften, die von Ulrike Ackermann und Hans Jörg Schmidt herausgegeben wurde (2012–2016) sowie die fünfbändige Ausgabe von Mills ökonomischen Schriften durch Dieter Birnbacher, Michael S. Aßländer und Hans G. Nutzinger (2014–2016). Zu erwähnen sind auch die Herausgaben zentraler kleinerer Schriften Mills durch Buchstein/Geisler (2013a) sowie die Neuedition der *Betrachtungen über die Repräsentativregierung* und von *Über Sozialismus* durch Buchstein/Seubert (2013b; 2016e).

Selbstverwirklichung der Arbeitnehmer durch Demokratisierung der Wirtschaft

Otto Brenner als gewerkschaftlicher Ideenpolitiker

Falko Blumenthal*

Schlüsselwörter: Wirtschaftsdemokratie, Radikaldemokratie, Gewerkschaften, Ideenpolitik, Sozialdemokratie, Sozialismus

Zusammenfassung: Ausgehend von Otto Brenners (1907–1972) Verknüpfung des reformsozialistischen Gewerkschaftsprogramms der Wirtschaftsdemokratie mit der Idee der Selbstverwirklichung prüft der Beitrag den ideenpolitischen Anspruch des Vorsitzenden der IG Metall (1952–1972). Die These über einen solchen Anspruch geht von einem Projekt der sozialdemokratischen Moderne aus, in dem Otto Brenner das Gewerkschaftsprogramm reflexiv neu formuliert. Die Ideenpolitik des Machtpolitikers Otto Brenner wird durch zwei Lektüren des Programms der *Demokratisierung der Wirtschaft* (1928), eine Skizze zur Sprechposition Otto Brenners sowie eine synoptische Darstellung der wirtschaftsdemokratischen Positionen Brenners vorbereitet. Brenners Demokratisierung der Wirtschaft wird als demokratiesichernde Fortentwicklung der freiheitlichen Gesellschaftsordnung und gleichzeitig subversive Intervention des realistischen Radikaldemokraten interpretiert.

Abstract: Starting from his combination of the reform-socialist trade union program of economic democracy with the idea of self-realization, the article examines the political claim of IG Metall chairperson (1952–1972) Otto Brenner (1907–1972). The thesis behind such a claim is based on a project of a social democratic modernity in which Otto Brenner re-formulates the trade union program in a reflexive mode. The politics of ideas of the power politician Otto Brenner is prepared by two readings of the program of *democratization of the economy* (1928), a sketch of Otto Brenner's speaking position, and a synoptic presentation of his democratic positions. Brenner's democratization of the economy is interpreted as a democracy-securing proposal for the further development of the free social order and, at the same time, as a subversive intervention by a realist radical democrat.

* Falko Blumenthal, IG Metall
0009-0006-1524-2784, Kontakt: falko.blumenthal@igmetall.de

1. Einleitung

„Richtiges Lesen ist Bürsten gegen den Strich.“

Doris Lessing¹

Während der Verhandlungen um die Neufassung von Betriebsverfassung und Unternehmensmitbestimmung in den 1960er Jahren stellt Arbeitgeberfunktionär Schleyer (1968) diese insgesamt infrage:

„Wenn man der Meinung ist, daß unsere derzeitige Ordnung im wesentlichen auf dem Eigentum basiert und das Eigentum eines der entscheidenden Ordnungselemente ist, dann ist die Mitbestimmung ein Angriff auf diese Ordnung, denn sie ist zweifellos ein Angriff auf die Funktion des Eigentums.“

Der Gewerkschafter Otto Brenner (1997: 97) wird 1972 Schleyers „Angriff“ mit gewissem stoischem Humor aufnehmen und formuliert:

„Mitbestimmung in der Wirtschaft ist als Ergänzung der politischen Demokratie und als Angriff auf die unternehmerische Autokratie zu definieren. Sie ist vom Ansatz her radikaldemokratisch und antikapitalistisch.“

Im Charakter der Mitbestimmung als „Angriff“ scheint zwischen Arbeitgeber und Gewerkschafter Einigkeit zu herrschen. Demokratie und Eigentum stehen homolog gegeneinander. Brenner (1971) unterläuft diese Dichotomie der Abstrakta jedoch und führt die *Selbstverwirklichung der Arbeitnehmer durch Demokratisierung der Wirtschaft* als erfahrbares Konkretum ein. Aus dem Grundgesetz ergibt sich das Gesellschaftsziel der politischen Selbstverwirklichung der Person. Diese Intervention, die weit über die Rolle eines Gewerkschafters hinausgeht, gibt Anlass, den Machtpolitiker Otto Brenner auch als Ideenpolitiker zu lesen: Der Sozialist ist in der Lage, die klassische Gewerkschaftsidee der Wirtschaftsdemokratie in den Kontext der gesellschaftlichen Demokratisierung, der „universalste[n] gesellschaftspolitische[n] Forderung unserer Zeit“, zu stellen und so beide Begriffe aufeinander bezogen neu zu deuten (vgl. Hennis 1970: 9). Dieses Deuten, allgemein: diese Praxis, in der eine Akteur_in Ideen in der Politik verwendet, wird in diesem Beitrag als Arbeitsbegriff einer Ideenpolitik entwickelt werden.

Während die „Verlagerung von Teilen der Verfügungsmacht über Produktionsmittel aus der Hand der Privateigentümer in den Bereich anderer Instanzen“ (Brenner 1971: 324) kein ungewöhnlicher Baustein gewerkschaftlicher Programmatik ist, wird hier eine eigenständige Position deutlich: Der Rechtsbegriff ‚Mitbestimmung‘ tritt zurück und wird um den politischen Begriff ‚Selbstbestimmung‘ ergänzt.² Otto Brenner knüpft weiter an die Ideengeschichte an. Er *arbeitet* mit Begriffen, statt „dekorative Ausschmückung“ (Llanque

1 Zugeschriebenes Zitat, hier zitiert nach Simon (2003: 9). Siehe auch Hagenhoff (2024: 25).

2 Eine bedenkenwerte Gegenmeinung zum hier zugelassenen Bild der ‚bloßen‘ rechtlichen Mitbestimmung findet sich emphatisch bei Vilmar (1973a: 242 ff.), der im Sinne eines evolutionären Sozialismus keine marxistisch konstruierten Dichotomien von konkurrierenden Instrumenten der Demokratisierung hinnehmen möchte.

Wirtschaftsdemokratie als Einübungspraxis

Hannes Kuch*

Schlüsselwörter: Wirtschaftsdemokratie, Tugendethik, Materialismus, Ethos, unsichtbare Hand

Zusammenfassung: Im Hinblick auf die Aufgabe, die normativen Grundlagen einer Demokratisierung der Wirtschaft auszuarbeiten, entwickelt der Aufsatz eine materialistische Tugendethik. Dieser Ansatz betrachtet die materiellen Grundbedingungen des Wirtschaftens als prägend für sittliche Dispositionen. Er greift die aristotelische Idee auf, dass Tugenden in der Dauer der Zeit ausgebildet und trainiert werden müssen. Wirtschaftsdemokratische Überlegungen von John Stuart Mill, John Dewey, Carole Pateman und Axel Honneth enthalten Ansätze dieser Ethik, doch sie beleuchten oft nicht ausreichend, worin genau die Prägekraft ökonomischer Strukturen besteht. Der Aufsatz schließt diese Lücke. Die Schlussfolgerung lautet, dass diejenigen sozialen Kontexte, in denen wir zur Kooperation genötigt sind, zu einem Einübungsfeld demokratischer Dispositionen werden sollten – und dieser Kontext ist der ökonomische Bereich. Autoritäre Strukturen in der Wirtschaft gefährden hingegen die politische Demokratie. Dieser Ansatz liefert ein wichtiges Argument gegen die Idee einer grundlegenden Trennung von demokratischer Politik und undemokratischer Wirtschaft, wie sie von John Rawls und Jürgen Habermas nahegelegt wird.

Abstract: Fleshing out the normative foundations for democratizing the economy, the paper develops a materialist virtue ethics, which considers the material conditions of economic practices as formative for moral dispositions. It draws on the Aristotelian idea that virtues must be cultivated and practiced over time. Considerations from John Stuart Mill, John Dewey, Carole Pateman, and Axel Honneth concerning economic democracy contain elements of this ethics but often do not adequately spell out how economic structures shape moral dispositions. The paper addresses this gap. It concludes that social contexts in which we are compelled to cooperate should become arenas for cultivating democratic dispositions – and this context is the economic sphere. Authoritarian structures in the economy, on the other hand, pose a threat to political democracy. This approach provides an important argument against the idea of a fundamental separation between a democratic polity and an undemocratic economy, as suggested by John Rawls and Jürgen Habermas.

* Hannes Kuch, Goethe-Universität Frankfurt (Main)
0000-0001-7376-3437, Kontakt: h.kuch@em.uni-frankfurt.de

1. Einleitung

In der jüngeren Debatte um Wirtschaftsdemokratie stehen meist *direkte* Argumente für eine Demokratisierung der Wirtschaft im Zentrum, anstelle der oft eher indirekten Argumente, die frühere wirtschaftsdemokratische Ansätze prägten.¹ Direkte Argumente setzen unmittelbar in der Wirtschaftssphäre an und bringen direkte normative Gründe für eine Demokratisierung der Wirtschaft vor. Ein direktes Argument für Wirtschaftsdemokratie liegt etwa in der Analogie zwischen Unternehmen und Staaten: Weil Unternehmen in wichtigen Hinsichten Staaten ähnlich sind, ist eine Demokratisierung von Unternehmen in einem ähnlichen Maß erforderlich, wie staatliche Herrschaft Demokratie nötig macht (vgl. Landemore/Ferreras 2016). Andere direkte Argumente rücken einen republikanischen Freiheitsbegriff ins Zentrum, demzufolge die Willkürmacht in Unternehmen durch demokratische Strukturen rechenschaftspflichtig gemacht werden muss (vgl. Anderson 2019).

Direkte Argumente für Wirtschaftsdemokratie sind von erheblicher Bedeutung, allerdings können gegen diese Art von Argumenten übergeordnete Gründe angeführt werden (vgl. Jacob/Neuhäuser 2018). Tatsächlich können demokratische Gesellschaften zu der Auffassung gelangen, eine nichtdemokratische Organisation von Unternehmen sei aufgrund höchster Prinzipien akzeptabel und vielleicht sogar erforderlich. Welches Prinzip könnte gegenüber der Forderung nach Demokratie in der Wirtschaft Vorrang beanspruchen? Es ist die demokratische Gerechtigkeit selbst. Der alles überragende Anspruch auf die Verwirklichung demokratischer Gerechtigkeit in der politischen Sphäre kann die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft begrenzen. So lässt sich das zentrale Argument der beiden unbestrittenen Vordenker der Gerechtigkeits- und Demokratietheorie, nämlich John Rawls und Jürgen Habermas, verstehen: Rawls' (2003: § 15.3) Vorschlag einer „institutionellen Arbeitsteilung“ zwischen Wirtschaft und demokratischer Politik ebenso wie Habermas' (1981: 453) Idee einer „Entkopplung von System und Lebenswelt“ laufen auf die Vorstellung hinaus, dass Wirtschaft und Demokratie getrennte Sphären sein *sollten*. Rawls und Habermas akzeptieren die Idee einer Arbeitsteilung zwischen Wirtschaft und demokratischer Politik nicht einfach nur zähneknirschend, zum Beispiel aus Mangel an Alternativen, vielmehr befürworten die beiden diese Idee *aus Gründen der demokratischen Gerechtigkeit*: Wir scheinen eine entdemokratisierte Wirtschaft zu brauchen, um demokratische Gerechtigkeit in der politischen Sphäre verwirklichen zu können.

An genau diesem Punkt können *indirekte* Argumente für Wirtschaftsdemokratie direkte Argumente auf schlagkräftige Weise ergänzen und verstärken. Indirekte Argumente legen das Augenmerk auf die mittelbaren Folgekosten einer undemokratischen Wirtschaft für andere gesellschaftliche Sphären. Das Bild der institutionellen Arbeitsteilung zwischen

1 Dieser Aufsatz basiert auf meiner Antrittsvorlesung zum Abschluss des Habilitationsverfahrens an der Goethe-Universität Frankfurt (Main). Frühere Fassungen des Aufsatzes habe ich am Forschungsinstitut für Philosophie Hannover und der Ringvorlesung Philosophie an der Goethe-Universität vorgetragen. Dem Publikum bei beiden Vorträgen sowie den beiden anonymen Gutachter:innen dieses Aufsatzes danke ich für hilfreiche Kommentare.

Die Radikalität alltäglicher Erfahrung

Zu John Deweys gesellschaftstheoretischen Voraussetzungen von Demokratie

Katharina Liesenberg*

Schlüsselwörter: Demokratie, demokratischer Sozialismus, Pragmatismus, Erfahrung

Zusammenfassung: John Dewey, US-amerikanischer Pragmatist des 20. Jahrhunderts, war nicht nur Pädagoge und Deliberationstheoretiker, sondern entwickelte mit seinem demokratischen Sozialismus auch eine Demokratietheorie, die die gesellschaftstheoretischen Voraussetzungen von politischer Demokratie reflektiert. Die Möglichkeit eines jeden Individuums neue Erfahrungen zu machen ist dabei die normative Grundlage von Demokratie. Weil Freiheit nur relational verwirklicht werden kann und damit in Abhängigkeit zu Machtstrukturen steht, plädiert Dewey im Angesicht der Arbeitsbedingungen des industrialisierten Kapitalismus für einen demokratischen Sozialismus, der sich an den alltäglichen Erfahrungen seiner Adressat:innen orientiert. Erziehung, kollektive Organisation und Vergesellschaftung von Banken, Infrastruktur und großer Industrie sind dabei individuelle wie kollektive Strategien zur Realisierung einer *Demokratie als Lebensform*. Diese pragmatistische Herangehensweise zeichnet Deweys Ansatz aus und ist ein Appell an die zeitgenössische Demokratietheorie sich auch heute an Alltagserfahrungen zu orientieren und in Anlehnung an Dewey radikale Strategien zur Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts vorzuschlagen.

Abstract: John Dewey, US-American pragmatist of the 20th century, was not only an education and deliberative theorist, but also developed a theory of democratic socialism, which reflects the societal preconditions of political democracy. An individual's opportunity to grow from experiences is the normative basis of Deweyan democracy. Because freedom can only be realized relationally and is thus dependent on power structures, Dewey argues for a democratic socialism that is oriented toward the everyday experiences of its addressees. He does so, because he was convinced that the working conditions of 20th century capitalism hinder individual growth. Education, collective organization, and socialization are individual as well as collective strategies for the realization of *democracy as a way of life*. This pragmatist approach sets Dewey apart and is an appeal to contemporary democratic theory to orient itself to everyday experiences and to propose radical strategies for improving working and living conditions in 21st century capitalism.

* Katharina Liesenberg, Technische Universität Darmstadt
Kontakt: katharina.liesenberg@stud.tu-darmstadt.de

1. Einleitung

„*The end of democracy is a radical end. For it is an end that has not been adequately realized in any country at any time. It is radical because it requires great change in existing social institutions, economic, legal and cultural.*“ (Dewey 1987a:298; Hervorhebung im Original)

Wie wenig andere steht John Dewey (1996: 129) für die Demokratie als *Idee des Gemeinschaftslebens selbst* und für das fortwährende Engagement für dessen praktische Realisierung.¹ Deweys theoretische wie praktische Schriften zielen auf nichts weniger als eine Demokratie als Lebensform. So ist es daher auch John Dewey, auf den sich Axel Honneth (2020b; 2020a; 2023) beruft, wenn er der zeitgenössischen Demokratietheorie zwei wesentliche Leerstellen attestiert: Bildung und Arbeit werden von Demokratietheoretiker:innen stark vernachlässigt.² Die Integration dieser beiden Bereiche, so die These des vorliegenden Beitrags, ist unerlässlich für eine Demokratietheorie, die eine Demokratisierung der Ökonomie in ihr Zentrum rücken will. Anders jedoch als Honneth (2023: 12), der seine jüngsten Vorschläge zum Zusammenhang von Arbeit und Demokratie mit Berufung auf Dewey als „nicht radikal oder entschieden genug“ mit dessen vermeintlichem Meliorismus rechtfertigt, lassen sich mit Dewey radikale demokratisch sozialistische Maßnahmen begründen. Dewey war überzeugt, dass Demokratie nur funktionieren könne, wenn wirtschaftliche Verhältnisse öffentlicher Kontrolle unterliegen. „I can be classified as a democratic socialist“ (Dewey zitiert nach Westbrook 1991: 429) ist so auch Deweys Selbstbeschreibung: Nur wenn alle Lebensbereiche demokratisiert sind, ist die Verwirklichung individueller Freiheit möglich. Materielle Gleichheit ist dabei die Bedingung der Möglichkeit gleicher politischer Teilhabe und persönlichen Wachstums. Deweys Ansatz ist auch heute noch von herausragender Aktualität: Sind es vor allem die prekären Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse von Millionen von Arbeiter:innen des beginnenden 20. Jahrhunderts und deren mangelnde Möglichkeit zur persönlichen Entfaltung, aufgrund derer Dewey für einen demokratischen Sozialismus plädiert, lassen sich vergleichbare Bedingungen auch in zeitgenössischen Beschäftigungsverhältnisse weiterhin feststellen.

Zunächst für seine erziehungstheoretischen Schriften bekannt, rezipiert man Dewey seit etwa dreißig Jahren im deutschsprachigen Diskurs auch als Demokratietheoretiker. So sieht Habermas (1992) ihn als einen Vorreiter der Deliberationstheorie, beruft sich dabei aber lediglich auf sein demokratietheoretisches Hauptwerk *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme* (vgl. Dewey 1996).³ Honneth nimmt gleich mehrfach Bezug auf Dewey:

- 1 Ich bedanke mich bei den anonymen Gutachter:innen für die wertvollen Hinweise und Kommentare. Mein Dank gilt außerdem allen Teilnehmer:innen des Darmstädter Kolloquiums für Politische Theorie und Ideengeschichte, mit denen ich eine frühe Fassung des Textes diskutieren konnte.
- 2 Mit seinem Buch *Der Arbeitende Souverän* versucht Honneth (2023) freilich, dem entgegenzuwirken.
- 3 Dies ist umso überraschender, weil Habermas (2008: 24) Dewey in einer Gedenkfeier für Richard Rorty im Jahr 2008 sowohl als „radikale[n] Demokrat[en]“ als auch den „politischsten unter den Pragmatisten“ bezeichnet hat.

Vergesellschaftung als Entprivatisierung

Heiner Koch*

Schlüsselwörter: Vergesellschaftung, Sozialisierung, Eigentum, Planwirtschaft, Entprivatisierung

Zusammenfassung: Seit einiger Zeit ist die Vergesellschaftungsfrage politisch wieder relevant geworden. Gleichzeitig ist oft jedoch nicht klar, was mit ‚Vergesellschaftung‘ gemeint ist. Hier gibt es auch erhebliche Unterschiede zwischen dem rechtswissenschaftlichen und dem politischen Diskurs. Begriffliche Unklarheiten und entsprechende Klärungsversuche gab es bereits nach dem Ersten Weltkrieg, als umfassende Vergesellschaftungen auf der Tagesordnung standen. Eine Aktualisierung des Vergesellschaftungsbegriffs muss dabei an bestehende Debatten anknüpfen und gleichzeitig den Begriff für aktuelle politische Auseinandersetzungen fruchtbar machen. Daher werde ich zunächst unter Rückgriff auf die Ideen der Explikation und des leeren Signifikanten für eine vermittelnde Variante der politischen Begriffsarbeit argumentieren. Anschließend zeige ich, dass sich ‚Vergesellschaftung‘ als ‚Entprivatisierung‘ verstehen lässt. Hierdurch lassen sich die verschiedenen Aspekte des Vergesellschaftungsbegriffs besser verstehen, systematisieren und konkretisieren. Dies wird auch dadurch gewährleistet, dass sich drei Ebenen der Entprivatisierung unterscheiden lassen: (i) Privateigentum, (ii) private Wirtschaftstätigkeit und (iii) Privatnützigkeit. Abschließend werde ich die Idee der Vergesellschaftung über einen eng verstandenen ökonomischen Bereich hinaus verallgemeinern, um eine breitere Anschlussfähigkeit für politische Diskurse zu gewährleisten.

Abstract: For some time now, the socialization question has become politically relevant again. At the same time, however, it is often not clear what is meant by ‘socialization’. There are considerable differences between the jurisprudential and the political discourse. Conceptual ambiguities and corresponding attempts at clarification already existed after the First World War, when comprehensive socializations were on the agenda. An updating of the concept of ‘socialization’ must link to existing debates and at the same time make the concept fruitful for current political debates. Therefore, I will first argue for a mediating variant of political conceptualization by drawing on the ideas of explication and empty signifier. I will then show that ‘socialization’ can be understood as ‘de-privatization’. This allows for a better understanding, systematization and concretization of the various aspects of the concept of socialization. This is also ensured by the fact that three levels of de-privatization can be distinguished: (i) private property, (ii) private economic activity and (iii) private utility. Finally, I will generalize the idea of socialization beyond a narrowly understood economic sphere in order to ensure a broader connectivity for political discourses.

* Heiner Koch, Universität Passau
0009-0007-9435-8618, Kontakt: koch.heiner@gmail.com

1. Einleitung

„Die Wissenschaftliche Diskussion über Sozialisierung leidet darunter, daß man über ein Wort diskutiert, ohne sich so recht darüber klar zu sein, daß dieses Wort die verschiedensten Bedeutungen hat“. So beginnt schon Felix Weil (1919: 5) seine Auseinandersetzung mit dem Sozialisierungsbegriff. Auch aktuell lässt sich sagen, dass die Bedeutung des Worts ‚Vergesellschaftung‘¹ im politischen, juristischen und wissenschaftlichen Diskurs nicht immer klar und gleichbleibend ist. Ähnlich wie Weil (1919) glaube ich, dass eine begriffliche Klärung vorteilhaft für die politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen sein kann.² Es können jedoch verschiedene Zielsetzungen und Methoden die Begriffsarbeit anleiten, weshalb ich dies im zweiten Teil ausführlicher diskutieren werde.

Seit Weils Analyse hat sich zwar einiges getan, doch die Navigation durch die begrifflichen Untiefen wird hierdurch nicht unbedingt leichter. So gab es durch den Eingang des Vergesellschaftungsbegriffs in den Artikel 15 des Grundgesetzes, wonach „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel [...] zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden [können]“, einige rechtstheoretische Versuche, den Begriff näher zu bestimmen, die berücksichtigt werden müssen. Weiterhin hat sich in jüngster Zeit durch das Aufkommen politischer Vergesellschaftungsbewegungen in Deutschland ein gesellschaftlicher Diskurs über dieses Thema herausgebildet. Hierbei sind die rechtlichen Auffassungen jedoch von anderen Anforderungen geprägt als diejenigen politischer Bewegungen. So ließe sich politisch die Durchsetzung von Vergesellschaftungsforderungen etwa auch ohne Rückgriff auf Gesetze erreichen.

Gleichzeitig ist es nicht nur so, dass ein Spannungsverhältnis zwischen einem politischen und juristischen Diskurs besteht, sondern auch innerhalb der politischen Debatten nennenswerte Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, wie ‚Vergesellschaftung‘ zu verstehen ist. Dies war nach 1918 nicht anders, auch wenn sich die kurzfristig möglicherweise erreichbaren Formen der Vergesellschaftung geändert haben. Nach dem Ersten Weltkrieg war eine Vollsozialisierung der gesamten Wirtschaft durchaus denkbar, während heutzutage eine Teilsozialisierung von einzelnen Wirtschaftszweigen schon nahezu utopisch wirkt. Eine Aktualisierung des Vergesellschaftungsbegriffs für die heutige Zeit erfordert es außerdem, das Verhältnis zu aktuellen politischen Auseinandersetzungen auszuloten. Daher müssen beispielsweise auch feministische, antirassistische

- 1 Weil (1919: 15 f.) unterscheidet leicht zwischen „Vergesellschaftung“ und „Sozialisierung“ (Sozialisierung sei hierbei aktiver und Vergesellschaftung passiver), im weiteren Verlauf werde ich jedoch keinen Unterschied zwischen diesen Ausdrücken machen.
- 2 Da ich mich auf begriffsanalytische Fragen beschränke, werde ich nicht untersuchen, wie Sozialisierungen am besten umgesetzt werden könnten. Daher werde ich beispielsweise auch nicht den für Novy (1978) zentralen Ausdruck „Sozialisierungsreife“ diskutieren, da es bei diesem nicht darum geht, was Sozialisierung ist, sondern welche Wirtschaftsbereiche für eine Sozialisierung geeignet sind.

Planung als antwortende Politik?

Eine radikaldemokratiethoretische Lesart der sozialistischen Planwirtschaftsdebatte

*Samia Zahra Mohammed**

Schlüsselwörter: Sozialistische Planwirtschaftsdebatte, Socialist Calculation Debate, demokratische Wirtschaftsplanung, radikale Demokratietheorie, Ökologie, Utopie

Zusammenfassung: Dass demokratisches Regieren sowie Ansprüche auf Freiheit und Gleichheit von der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer neoliberalen Gestalt der Gegenwart untergraben werden, ist insbesondere für zeitdiagnostisch ansetzende (radikale) Demokratietheorien nichts Neues. Dennoch bleiben die (Wieder-)Annäherungsversuche zwischen demokratietheoretischen und politökonomischen Diskussionen bisweilen zögerlich – wenn sie überhaupt stattfinden. Interessante Impulse für das wieder verstärkte Diskutieren politökonomischer Fragen unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten kommen aktuell aus einer Richtung, die seit dem Scheitern der sogenannten realsozialistischen Versuche des 20. Jahrhunderts in Verruf geraten ist: Vor dem Hintergrund veränderter gesellschaftlicher und technologischer Voraussetzungen wird neu über die Möglichkeiten und Implikationen demokratisch-sozialistischer Planwirtschaft diskutiert. Der Artikel argumentiert nun dafür, dass sich hier wichtige Anregungen für gegenwärtige Überlegungen zu Wirtschaftsdemokratie finden lassen. Konkret können sich durch eine radikaldemokratische Deutung der Planungsdebatte und durch eine planungsinformierte Perspektive auf radikaldemokratische Überlegungen beide Diskussionen in ihrem Nachdenken über eine gleichere, freiere und demokratischere Zukunft für alle und deren Bedingungen wechselseitig befruchten.

Abstract: The fact that democratic governance and claims to freedom and equality are being undermined by the capitalist mode of production and its neoliberal form is nothing new for theories of (radical) democracy. Nevertheless, the (re)approchement attempts between discussions of democratic theory and political economy remain hesitant – if they take place at all. Intriguing impulses for the renewed discussion of political economy issues from the perspective of democratic theory are currently coming from a direction that has fallen into disrepute since the failure of the so-called ‘really existing socialism’ of the 20th century: Against the backdrop of changed societal and technological conditions, the possibilities and implications of democratic-socialist planned economies are being discussed anew. This article argues that important ideas for current reflections on economic democracy can be found here. Specifically, through a radical democratic interpretation of the planning debate and through a planning-informed perspective on radical democratic considerations, both discussions can be mutually enriched in their thinking about a more equal, freer, and more democratic future for all and its conditions.

* Samia Zahra Mohammed, Universität Bremen
0009-0009-0467-6140, Kontakt: samia.mohammed@uni-bremen.de

1. Einleitung

Die gegenwärtigen Produktions- und die damit zusammenhängenden sozialen und politischen Verhältnisse stellen ein Problem für eine kollektive demokratische Gesellschaftsgestaltung im emphatischen Sinn dar.^{1,2} Nicht nur unterlaufen neoliberale Subjektivierungsweisen und vermeintliche Sachzwänge im Namen eines Regierens für den Markt substantielles kollektives Entscheiden über das Zusammenleben (vgl. Brown 2019: 545 ff.). Darüber hinaus kennzeichnete die kapitalistische Produktionsweise von Beginn an ein widersprüchliches Verhältnis zur Freiheit. Ging diese historisch zweifelsohne mit weitreichenden Liberalisierungen einher, hat sie immer schon auch neue Formen der Unfreiheit hervorgebracht: Während die charakteristische doppelt freie Form der abhängigen Lohnarbeit diese Ambivalenz selbst noch beinhaltet (vgl. Marx 1977), zehrt der Kapitalismus gleichzeitig beständig von Formen der Unfreiheit, von denen Unterdrückung in Kontexten der Versklavung und der kolonialen Expansion sowie die Entwertung von Sorge- und Reproduktionsarbeiten nur einige Beispiele darstellen (vgl. beispielsweise Fraser 2022). Zudem wird bei einem Blick über die Gegenwart hinaus auch die Möglichkeit einer demokratischen Zukunft gerade von den Auswirkungen einer kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ökonomie bedroht: Denn das Zerstören derjenigen Grundlagen, die Leben und damit ein demokratisches, freies und gleiches Soziales erst ermöglichen und selbst wiederum in vielfältiger Weise von diesem abhängen, lässt eine demokratische und freie Zukunft immer unwahrscheinlicher erscheinen. Verstärkt wird dieser ernüchternde Ausblick noch dadurch, dass rechter Autoritarismus und Faschisierung in großen Teilen der Welt und teils ebenfalls als Symptom und Folge des Neoliberalismus eher zu- als abnehmen (vgl. Flügel-Martinsen 2021: 84 ff.).

Wenn trotz dieser gegenwärtigen Lage, die wesentlich durch ihre ökonomische Struktur und deren Auswirkungen geprägt ist, eine nur zögerliche Rezeption gegenüber politisch-ökonomischen Analysen von Seiten der Politischen Theorie und Demokratietheorie zu beobachten ist, gilt dies in besonderem Maße gegenüber Versuchen, alternative, nicht-kapitalistische Formen des Wirtschaftens und Zusammenlebens bereits jetzt – also vor ihrem tatsächlichen Eintreten – auszumalen. Insbesondere radikale Demokratietheorien, die ich in diesem Beitrag fokussiere, kritisieren zwar nachdrücklich die Uneingelöstheit der Versprechen von Freiheit und Gleichheit und stellen sich auf die Seite derer, die diese in politischen Prozessen erkämpfen (vgl. Comtesse et al. 2019: 12). Sie sind daher eine wichtige Ressource, um gerade in Krisenzeiten über die Demokratisierung der Demokratie und die Kritik der bestehenden Verhältnisse nachzudenken. Sie verwehren sich in der Regel jedoch gegenüber dem Entwerfen oder gar Begründen von zukünftigen Institutionen – nicht zuletzt aufgrund der Einsicht, dass auch *andere* Institutionen keine gänzlich

1 Der vorliegende Artikel, insbesondere Teil 4, beruht in Teilen auf Passagen und Argumenten, die ich bereits in Mohammed 2023 ausgearbeitet habe.

2 Mein herzlicher Dank gilt sowohl den beiden anonymen Gutachter*innen dieses Artikels, von deren wichtigen Hinweisen der Text sehr profitiert hat, als auch den Herausgebern dieses Themenheftes, Paul Sörensen und Martin Oppelt, für die aufmerksame Begleitung und Unterstützung während des gesamten Prozesses.

Die Rückkehr der Armen?

Plebejanismus und die politische Ökonomie der Radikaldemokratie

Sara Gebh *

Schlüsselwörter: Plebejanismus, Radikaldemokratie, Oligarchie, Republikanismus, Liberalismus, politische Ökonomie

Zusammenfassung: Ökonomische Fragen spielen in radikalen Demokratietheorien, wenn überhaupt, eine untergeordnete Rolle. Was fehlt, ist eine ernsthafte Reflexion über die materiellen Voraussetzungen und Konsequenzen radikaldemokratischer Grundannahmen und Zielbeschreibungen. Die Tradition des Plebejanismus hält Ressourcen bereit, um die ökonomische Leerstelle der Radikaldemokratie zu adressieren. Während die liberalen und republikanischen Varianten Plebejanismus als Addendum zum liberal-demokratischen Status Quo verstehen, ist es der Anspruch eines radikaldemokratischen Plebejanismus, oligarchische Strukturen nicht nur zu reformieren, sondern abzuschaffen. Eine konkrete Vision plebejischer Demokratie bleiben radikaldemokratische Theorien bisher jedoch schuldig. Nur wenn Plebejanismus nicht als rein symbolischer Akt der Selbstemanzipation verstanden und die materielle Dimension der Kategorie der Vielen anerkannt wird, werden erste Umrisse einer politischen Ökonomie der Radikaldemokratie erkennbar.

Abstract: Economic questions play a subordinate role, if any, in theories of radical democracy. What is missing is a serious reflection on the material preconditions and consequences of radical democracy's basic assumptions and goals. The tradition of plebeianism holds resources to address the economic deficit of radical democracy. While the liberal and republican variants understand plebeianism as an addendum to the liberal-democratic status quo, the objective of radical-democratic plebeianism is to not only reform oligarchic structures, but to abolish them. However, theories of radical democracy have so far failed to develop a concrete vision of plebeian democracy. Only if plebeianism is not understood as a purely symbolic act of self-emancipation and the material dimension of the category of the many is recognized, will the first outlines of a political economy of radical democracy come into view.

* Sara Gebh, Universität Wien

 0000-0002-3263-3692, Kontakt: sara.gebh@univie.ac.at

Funded by the European Union (ERC, PREDEF, 101055015). Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or the European Research Council Executive Agency. Neither the European Union nor the granting authority can be held responsible for them.

1. Die ökonomische Leerstelle der Radikaldemokratie

Die radikale Demokratietheorie hat eine ökonomische Leerstelle. Zwar kommt kaum eine Krisendiagnose ohne Hinweise auf die neoliberale Hegemonie und die perversen Auswüchse der kapitalistischen Produktionsweise aus, doch sobald sich radikaldemokratische Theorien ihrer Alternativvorstellung zuwenden, spielt das Ökonomische, wenn überhaupt, eine nachgeordnete Rolle. Was bisher fehlt, ist eine ernsthafte Reflexion darüber, welche materiellen Voraussetzungen und Konsequenzen die radikaldemokratische Vision von politischem Zusammenleben hat. Nicht umsonst sehen sich radikale Demokratietheorien mit dem Vorwurf des Politizismus konfrontiert. Insbesondere Vertreter:innen der Kritischen Theorie und Denker:innen, die im weitesten Sinne in der marxistischen Tradition stehen, attestieren radikalen Demokrat:innen ein mangelndes Verständnis und Interesse für die extra-politischen Bedingungen der Demokratisierung der Demokratie, das heißt für gesellschaftliche, soziale und materielle Gegebenheiten, deren Auswirkungen auf politische Praxis und Form unterreflektiert bleiben. Lois McNay (2014) hat diesen Kritikpunkt in Bezug auf die verkörperte, tägliche Erfahrung mit Unterdrückung besonders ausführlich dargelegt und unter dem Stichwort „social weightlessness“ zusammengefasst. Auf der Makroebene bemängelt Nancy Fraser (2019: 77) die fehlende Einbettung radikaldemokratischer Ansätze in die soziale Matrix: „Indem der Politizismus nämlich die politische Ordnung als selbstbestimmt annimmt, misslingt es ihm, die übergreifende gesellschaftliche Matrix zu problematisieren, die ihre Deformation hervorbringt“. Und für Jodi Dean (2007: 241) ist die radikaldemokratische Exklusion „of the economy from political struggle“ sogar ein Zeichen dafür, dass das demokratische Projekt an sich ein Hindernis für linke Politik darstellt und zugunsten eines sozialistischen Gesellschaftsmodells aufgegeben werden muss (vgl. Dean 2007: 239, 243).

Die Zurückhaltung radikaler Demokratietheorien gegenüber ökonomischen Fragen lässt sich einerseits ideenhistorisch erklären, hat sich radikaldemokratisches Denken in seinen Anfängen doch explizit als postmarxistisches Projekt verstanden. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe's *Hegemony and Socialist Strategy*, eines der Gründungswerke der radikalen Demokratietheorie (vgl. Marchart 2019: 372), beginnt mit der Feststellung, dass die ontologische Sonderstellung der Kategorie Klasse in Folge der politischen Kämpfe der Neuen Linken überwunden werden muss (Laclau/Mouffe 2001: 2). Das impliziert jedoch keine Frontstellung der radikaldemokratischen Tradition insgesamt gegenüber Marx. Er ist „Ausgangs- wie [...] Abstoßungspunkt“ (Bohlender 2019: 69) für radikale Demokratietheorie. Selbst Laclau und Mouffe (2001: 4) weisen dezidiert Kontinuitätslinien aus und Miguel Abensour (2011) nutzt Marx'sches Gedankengut noch direkter als Ressource für radikaldemokratische Theoriebildung. Dennoch bleibt einer der ideengeschichtlichen Grundimpulse, der die verschiedenen Ansätze radikaler Demokratietheorie vereint, zu fragen „how to think emancipation without tying it to class“ (Thomassen 2010: 173).

Andererseits findet das Ökonomische auch systematisch nur schwer Platz im konzeptionellen Baukasten radikaldemokratischer Theorie. Die Einsicht in die Abwesenheit